

ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen BürgerInnenforums



Solange die grossen Traktoren auf den Barikaden sind, machen sie keinen schlimmeren Unfug.

AZB 4001 Basel
Europäisches BürgerInnen Forum, 4001 Basel
Die Post CH AG

LANDWIRTSCHAFT/FRANKREICH

Was geht in der Landwirtschaft vor?

Seit Anfang dieses Jahres demonstrieren zehntausende Bauern und Bäuerinnen mit ihren Traktoren in einigen Ländern Europas. Der folgende Artikel berichtet über die Situation in Frankreich – aus einer kritischen Perspektive.

Am Freitag, den 19. Januar 2024, wird das Erdgeschoss der regionalen Direktion für Umwelt, Raumplanung und Wohnungsbau (DREAL) im Département Aude in die Luft gesprengt. Ein staatliches Gebäude wird also durch eine Bombe zerstört. Zu der Aktion bekennt sich das «Comité d'action viticole» (CAV), eine Untergrundgruppe von Weinproduzent:innen.

Kaputtmachen plötzlich erlaubt?

Die Aktion findet im Rahmen der landesweiten starken Protestbewegung der Bauern und Bäuerinnen statt. Zusätzlich zu dieser Explosion kommt es seit mehreren Wochen zu zahlreichen Sabotageakten, Autobahnblockaden durch Traktoren und Verwüstung von Präfekturen. Am 22. Januar wird sogar eine TGV-Linie in der Nähe von Sète von Traktoren blockiert, die alte Reifen und Müll auf die Schienen abladen. Alle diese Aktionen sind

sehr beeindruckend. In diesem Zusammenhang erinnern wir uns allerdings daran, dass im Jahr 2008 ein Anti-Terrorverfahren gegen Vertreter:innen der so genannten «Ultra-Linken» eröffnet worden war, weil sie angeblich eine TGV-Linie sabotiert hatten. Dies war die erbärmliche «Affäre Tarnac»¹. Wir erinnern uns auch an die Massenverhaftungen und Verstümmelungen von Demonstrant:innen bei anderen Protestanlässen aufgrund von Sachbeschädigungen, die im Vergleich zu denjenigen der Landwirt:innen verschwindend gering ausgefallen waren. Wir erinnern uns ebenfalls an die Beschuldigung des «Ökoterrorismus» im Zusammenhang mit den Demonstrationen für die Wasserressourcen in Sainte-Soline. Was die Sprengung eines öffentlichen Gebäudes angeht, so möchten wir uns die repressiven und medialen Konsequenzen gar nicht erst vorstellen, wenn diese von einer antikapitalistischen Gruppe ausgegangen wäre.

Doch hier und heute ist nichts von all dem zu spüren. Präsident Emmanuel Macron fordert die Präfekten auf, sich die Probleme der wütenden Landwirt:innen anzuhören. Premierminister Gabriel Attal empfängt deren Vertreter:innen direkt im Regierungssitz von Matignon. Der rechtsextreme Sender Cnews, der sich sonst über «Verwilderung der Sitten» und «Gewalttaten» Sorgen macht, unterstützt die Bewegung und stellt sein Logo aus Solidarität auf den Kopf, so wie die Landwirt:innen die Verkehrsschilder umgedreht haben. Wenn eine Protestbewegung derart von der Regierung und den Medien abgedeckt wird, die sich in den Händen von Milliardär:innen befinden, ist etwas faul.

Ein unbestreitbares Leiden

Um Missverständnissen vorzubeugen: Die Landwirt:innen haben allen Grund, sich zu empören. Frankreich ist ein grosses Agrarland und zählte 1945 noch 10 Millionen Bauern und Bäuerinnen, d. h. mehr als ein Viertel der Bevölkerung. Im Jahr 2019 gab es nur noch 400.000 Landwirt:innen, eine Division um den Faktor 20. Eine ganze Welt ist verschwunden mit ihrem Know-how, einem sozialen Leben und lebendigen Landschaften. Der Produktivismus hat alles zerstört. Die Flurbereinigung der 1960er Jahre hat grosse Parzellen geschaffen, die in immer weniger Händen konzentriert sind. Die Agrarindustrie hat die Bauern und Bäuerinnen in Unternehmer:innen verwandelt, die gezwungen sind, immer mehr zu produzieren, um rentabel zu gelten und Subventionen zu erhalten. Dazu

kommen massenhaft Pestizide. Heute sind die Landwirt:innen von Suiziden, Unfällen, Krankheiten, Einsamkeit sowie vom Druck der grossen Handelsketten extrem stark betroffen. Die Landwirt:innen leiden, das ist unbestreitbar. Zudem wird in den kommenden Jahren ein Grossteil der Landwirt:innen in den Ruhestand gehen, und es besteht die Gefahr, dass grosse Konzerne das Land aufkaufen und Hektaren anhäufen, wodurch die produktivistische Logik auf Kosten der kleinen Bauern und Bäuerinnen noch verstärkt würde.

In den Armen der Agrarindustrie-Lobby

Noch tragischer ist es, dass sich diese notleidende Landwirtschaft in die Arme derer wirft, die für ihre Misere verantwortlich sind. Derjenige, der momentan über die Fernsehbildschirme schwirrt und in den Regierungsbüros ein und aus geht, heisst Arnaud Rousseau. Man hört ihn im Radio sagen: «Was die Landwirte wollen, ist, ihrem Beruf wieder Würde zu verleihen». Dennoch gehört Arnaud Rousseau zu denjenigen, welche die Würde dieses Berufsstandes zerstören. Er leitet die «Fédération nationale des syndicats d'exploitants agricoles» FNSEA, eine mächtige Lobby der Agrarindustrie, die mit der Regierung verbunden ist. Es ist die FNSEA, die den Produktivismus, die neoliberale Landwirtschaft und die Deregulierungen fördert. Es ist die FNSEA, die es den Grossbauern ermöglicht, die Kleinbauern zu fressen. Es ist die FNSEA, welche die Bauernschaft zerstört hat. Es ist daher verwirrend, dass die Organisation, die eigentlich für die Unzufriedenheit der Landwirt:innen verantwortlich ist, zu ihrem Sprachrohr geworden ist.

Aber es kommt noch schlimmer. Arnaud Rousseau leitet nicht nur die FNSEA, sondern auch einen riesigen Betrieb von 700 Hektaren und ist Vorsitzender der Avril-Gruppe, eines multinationalen Agrobusiness-Unternehmens, das sich auf Öle spezialisiert hat und bis 2022 über 9 Milliarden Euro Umsatz erzielt hat. Ja, 9 Milliarden! Was sind die Gründe für diese Rekordzahlen? Die Inflation. Sein Konzern hat seinen Umsatz im Vergleich zu 2021 um 32 Prozent gesteigert und vor allem 218 Millionen Euro Gewinn erzielt, was einem Anstieg von 45 Prozent im Jahresvergleich entspricht. Rousseau hat sich einfach an der arbeitenden Bevölkerung bereichert, die mehr bezahlen musste. Er ist auch Generaldirektor von «Biogaz du Multien», einem Unternehmen, das sich auf Biogasanlagen spezialisiert hat.

Arnaud Rousseau hat nichts von einem Bauern, der mit seiner Scholle verbunden ist. Er ist ein Unternehmer, ein grosser Patron, der über seine Hektaren herrscht wie ein Manager über seine Fabrik. Er ist Absolvent der «European Business School» in Paris und handelt auf den Finanzmärkten mit Agrarrohstoffen. Welche Gemeinsamkeiten gibt es zwischen Arnaud Rousseau und dem kleinen Landwirt aus der Bretagne, der kaum über die Runden kommt? Keine. Ausser, dass der Erste vom Elend des Zweiten lebt.

Doch kommen wir auf die Explosion in Südfrankreich zurück. Im November letzten Jahres versammelten sich fast 6000 Weinbauern in Narbonne, um einem Aufruf der FNSEA zu folgen, und prangerten die katastrophale Situation der Weinbauern im Jahr 2023 an. Für ihre Not machten sie «extremistische Umweltschützer» verantwortlich, die

«unhaltbare» Normen aufstellen würden. Die FNSEA forderte die Regierung auf, einerseits Soforthilfen zu gewähren und andererseits den Wettbewerb mit ausländischen Weinen einzuschränken, obwohl viele französische Winzer:innen selbst vom Export ihrer Weine profitieren. Die Hauptforderung war also eine Art Protektionismus à la Trump, bei dem alle als Verlierer enden würden – natürlich ausser ein paar Unternehmer.

Es scheint so, dass das «Comité d'action viticole» (CAV) das Recht hat, Bomben zu legen, während jeder sonstige soziale Protest mit eiserner Hand niedergeschlagen wird. Das CAV hat übrigens seit den 1960er Jahren zahlreiche Anschläge verübt. Darunter fielen die Ermordung eines Polizisten und die Sprengung eines Büros der Sozialistischen Partei in der Nähe einer Schule, ohne dass die CAV jemals wirklich behelligt wurde.

Ist es unausweichlich, dass die Wut der Landwirt:innen von den Lobbyisten des Agrobusiness zur grossen Zufriedenheit der herrschenden Neoliberalen vereinnahmt wird? Nein. Es gibt auch die Confédération Paysanne, eine linksgerichtete Gewerkschaft, die gegen die produktivistische Landwirtschaft ist und die von der FNSEA vertretenen Lösungen anprangert. Die Confédération Paysanne ist gegen Landgrabbing und die industrielle Landwirtschaft, kämpft für die Würde des Berufs, für das Ende der Monopole und eine Rückkehr aufs Land. (...)

Für den Respekt von Mensch und Natur

Im Gegensatz zur FNSEA und zum CAP sind die Mitglieder der Confédération Paysanne der staatlichen Repression ausgesetzt: Wenn sie die Heckenlandschaft von Notre-Dame-

Bauernproteste in der Schweiz

Es ist Zeit zu handeln, um der bäuerlichen Landwirtschaft eine neue Perspektive zu geben. Am 3. Februar waren bei einer Demonstration in Genf mehr als 30 Traktoren und 200 Menschen unterwegs! Auch in Basel demonstrierten Bäuerinnen und Bauern.

Diese Aktionen sind nicht vergleichbar mit den enormen Mobilisierungen in anderen Ländern Europas, doch ein Anfang ist gemacht. Hier die Medienmitteilung von Uniterre*, einer unabhängigen Bäuerinnen- und Bauernorganisation:

«Die europäische Bauernschaft ist in Aufruhr. Die in Europa erreichten Zugeständnisse sind bei weitem nicht ausreichend. Die grundlegenden Forderungen bleiben bestehen. Auch in der Schweiz setzen Freihandelsverträge und asymmetrische Markt-machtverhältnisse die Preise ständig unter Druck und die bäuerliche Arbeit wird nicht fair entlohnt. Diese Politik tötet die bäuerliche Landwirtschaft – täglich verschwinden zwei Bauernhöfe. Die Situation ist untragbar und es muss gehandelt werden:

◦ Um die Versorgung der Bevölkerung und ein nachhaltiges Ernährungssystem zu gewährleisten, müssen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dafür sorgen, dass die Bauernhöfe wirtschaftlich überleben können. Steigende Kosten dürfen nicht auf die Erzeugerpreise abgewälzt werden. Als Sofortmassnahme fordern wir eine Erhöhung der Erzeugerpreise um 10 Prozent in diesem Jahr.

◦ Alle geforderten und erwarteten Leistungen der Landwirtschaft müssen fair und vollständig entlohnt werden. (...)

◦ Die gesamte Bevölkerung muss Zugang zu einer angemessenen entlohnten einheimischen Produktion haben – das ist kein Luxus, sondern ein Recht!

◦ Der Zollschutz für die landwirtschaftliche Produktion muss verstärkt werden, um Sozial-, Wirtschafts- und Umweltdumping entgegenzuwirken, die Freihandelsverträge müssen in Frage gestellt werden! Es dürfen keine Freihandelsverträge mehr unterzeichnet werden!

◦ Die Transparenz der Gewinnmargen muss entlang der gesamten Wertschöpfungskette gewährleistet werden, um die Verhandlungsposition der Bäuerinnen und Bauern zu verbessern.

◦ Es braucht Produzentenpreise, die nicht unter den Produktionskosten liegen, unter Berücksichtigung einer Entlohnung von Fr. 40.-/Stunde. Verträge, in denen Preise, Menge, Qualität, Anzahlungen und der Zeitplan für die Lieferung im Voraus festgelegt werden.

◦ Das Agrarbudget muss für die Jahre 2026 bis 2029 um 5 Prozent erhöht werden und das System der Direktzahlungen muss bis 2030 vollständig überarbeitet und vereinfacht werden. Wir müssen Teil dieser Überlegungen sein.»

*Uniterre setzt sich u.a. für faire Preise, transparente Wertschöpfungsketten, Ernährungssozialverträglichkeit und den erleichterten Zugang zu Land v.a. für Frauen und junge Menschen ein. Die Organisation steht im Widerspruch zum Schweizer Bauernverband (SBV), denn dieser opfert die Landwirtschaft «auf dem Altar des Marktes».

des-Landes gegen einen geplanten Flughafen verteidigen; wenn sie gegen GVOs oder Pestizide demonstrieren; wenn sie gegen die Landnahme durch die Agrarindustrie oder gegen Mega-Wasserbecken kämpfen. Sie – im Gegensatz zu den Mitgliedern der FNSEA – werden dann mit Tränengas besprüht oder festgenommen. In den Medien werden sie als gefährliche Protestierende und nicht als sympathische, wütende Bauern und Bäuerinnen dargestellt. Für die Mächtigen gibt es also

gute und schlechte Bauernrevolten. Angesichts der Medienberichterstattung über die aktuellen Proteste können wir uns leicht ausrechnen, welche Interessen gerade vertreten werden.

Die Vorschläge zur Unterstützung der industriellen und umweltschädlichen Landwirtschaft werden jedoch keine Lösung bringen. Es ist das Landwirtschaftsmodell, das geändert werden muss, nicht nur die Höhe der Zuwendungen oder die ökologischen Regeln.

Über die Confédération Paysanne hinaus finden zur Zeit überall Experimente für eine andere Landwirtschaft statt, welche die Erde, die Vielfalt und das Leben respektiert. Diese gilt es zu unterstützen.

Quelle: Webseite von Contre Attaque.

1. Nach jahrelanger Verfolgung durch die Behörden wurden die Angeklagten erst 2018 vollumfänglich freigesprochen. Die Tarnac-Affäre hatte sich als ein polizeiliches Lügengebilde erwiesen.

ANTIFASCHISMUS/ÖSTERREICH

Widerstand

Je rechtsextremer die Politiker·innen, desto stärker der Widerstand von unten. In Deutschland und Österreich fanden Anfang des Jahres riesige Demonstrationen gegen Rechtsextremismus statt. Hier ein Kundgebungstext der Plattform für eine menschliche Asylpolitik, mit dem zur Grosskundgebung am 26. Januar gegen Rechtsextremismus und Rassismus in Wien* aufgerufen wurde, an der 80.000 Menschen teilnahmen:

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Van der Bellen, sehr geehrte Regierungsmitglieder, an alle demokratischen Parteien, wir stehen an einem entscheidenden Punkt in unserer Geschichte. Rechtsextreme schüren Hass gegen People of Colour, Menschen mit Migrationsbiografie und Zugehörige nicht-christlicher Religionen. Ihre gefährliche Rhetorik zielt darauf ab, Teile unserer Gesellschaft auszuschliessen und zu spalten und dabei die Demokratie zu untergraben. Doch wir lassen das nicht zu! Diese Menschen sind ein integraler Teil unserer Geschichte und werden es immer sein.

Politikern und Politikerinnen, die Hass gegen Antifaschist·innen, Migrant·innen, People of Colour, Klimaaktivist·innen und politische Gegner·innen fördern, muss von allen Seiten gezeigt werden, dass ihre Ideologien in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Das Treffen Rechtsextremer in Potsdam war auch für Österreich ein Weckruf! Wir fordern eine klare Haltung ein! Es ist für alle demokratischen Kräfte in unserem Land hoch an der Zeit, zu schauen, wo die

eigene Brandmauer bröckelt und ein starkes Bekenntnis für alle Menschen abzugeben, die in diesem Land leben. Denn ein Drittel von uns hat eine Migrationsbiografie, und wir sind stolz darauf, diese Vielfalt zu repräsentieren. Unsere Grundwerte stehen vor einem Kippunkt: Demokratie, Sicherheit, Medienfreiheit und allen voran Menschenrechte gilt es zu verteidigen.

Forderungen

° Verantwortung übernehmen: Gerade in Zeiten der Klimakrise, von wieder aufflammendem Antisemitismus und (anti-muslimischem) Rassismus, von Krieg und kaum fassbaren Ungerechtigkeiten gilt es, zusammenzuhalten und geschlossen vorzugehen, statt Unsicherheiten für den Stimmenfang zu benutzen. Die multiplen Krisen, mit denen wir konfrontiert sind, müssen endlich bekämpft werden und niemand darf dabei zurückgelassen werden. Dafür ist eine wehrhafte und belastbare Demokratie der Grundstein. Es braucht jetzt eine gesamtgesellschaftliche Transformation in eine gerechte und nachhaltige Zukunft!

° Solidarität zeigen: Bund- und Stadtregierungen sind aufgefordert, sich solidarisch mit allen Bürger·innen zu erklären, vor allem jenen, die marginalisiert sind und von rassistischer Hetze bedroht werden. Nur eine Gesellschaft, die Vielfalt schätzt, ist eine starke Gesellschaft.

° Wachsamkeit bewahren: Wir dürfen nicht zulassen, dass Propaganda und Rassismus in unserer Gesellschaft Wurzeln schlagen. Denn nicht nur die Rhetorik hat sich in den letzten Jahren zunehmend verschärft, sondern auch die Grenzen davon, was man öffentlich sagen kann und was als salonfähig erachtet wird, hat sich extrem verschoben. Lasst uns aus der Geschichte lernen und wachsam bleiben, um gemeinsam eine inklusive und demokratische Zukunft zu gestalten.

Was nützt es, an die Gräueltaten der Vergangenheit zu erinnern, wenn wir unsere Augen vor deren Wiederaufleben verschliessen? 2024 wählt die Hälfte der Weltbevölkerung und faschistische Ideologien sind im Vormarsch. Steht mit uns auf der richtigen Seite der Geschichte, denn «nie wieder» ist jetzt! Wir müssen gemeinsam unsere Demokratie verteidigen. Deshalb treten wir als breites Bündnis gemeinsam für eine klimagerechte Zukunft, gegen Faschismus, gegen Rassismus, anti-muslimischen Rassismus, Antisemitismus und gegen Rechtsextremismus ein! Gegen Hass und Hetze und für ein vielfältiges, friedliches, solidarisches Miteinander werden wir weiter laut sein.

Unterzeichnet von 55 zivilgesellschaftlichen Vereinen, Organisationen, Initiativen, Bewegungen, von Schauspieler·innen, Theaterdirektoren, Schriftstellerinnen, Wissenschaftlerinnen und weiteren Persönlichkeiten

* Die Kundgebung wurde von Black Voices Austria, Fridays for Future Austria und der Plattform für eine menschliche Asylpolitik organisiert.

Archipel
Monatszeitung des
Forum CiviQue

Schweiz:
Postfach 1115,
CH-4001 Basel
Tel: 0041/61 262 01 11
ch@forumcivique.org

Österreich:
Lobnik 16
A-9135 Zelezná Kapla
Tel: 0043/42 38 87 05
at@forumcivique.org

Deutschland:
Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf
D-17159 Dargun
Tel: 0049/39 959 23 881
de@forumcivique.org

Frankreich:
St. Hyppolite
F-04300 Limans
Tel: 0033/4 92 73 05 98
fr@forumcivique.org

Ukraine:
vul. Peremogi 70
UKR-90440 Nischnje Selischtsche
Tel: 00380/31 42 512 20
ua@forumcivique.org

Ein Plädoyer für kritische Recherche

Als Recherchepartner für Redaktionen und die Zivilgesellschaft schafft das WAV Recherchekollektiv Transparenz und trägt zu einer informierten öffentlichen Debatte bei. In der Krise des Journalismus ist WAV ein Versuch, fundierte Recherche in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Ein Einblick in unsere Arbeit.

Wieso schickt die Schweiz private Ermittler zu den Taliban? Zu welchen Bedingungen arbeiten die Frauen, die im solothurnischen Neuendorf Zalando-Retouren aufbereiten? Und wieso zieht ein Schweizer Agrarmulti in Mexiko gegen Kaffeeproduzent:innen vor Gericht?

Das sind nur einige der Fragen, die das WAV Recherchekollektiv im letzten Jahr auf Trab hielten. Um sie zu beantworten, studierten wir Handels- und Arbeitsverträge, stellten Einsichtsgesuche via Öffentlichkeitsgesetz, sprachen mit Betroffenen oder konfrontierten die Entscheidungsträger im Hintergrund.

Wir, das sind Annika, Balz, Jenny, Lorenz, Luca, Nada, Osama, Reto und Sophie. Was vor mehr als drei Jahren mit der Vision begann, mündete im Januar 2022 in der Publikation unserer ersten Recherche: Voller Tatendrang nahmen wir uns mit BlackRock die weltweit grösste Vermögensverwalterin vor (ja, der Vorwurf des anfänglichen Grössenwahns ist rückblickend durchaus angebracht).

Weil Hintergründe Geschichten erzählen

Das Projekt mit dem Namen «Spotlight on BlackRock» konnte aufzeigen, wie mächtig die öffentlichkeitsscheue Firma ist. Eine Auswertung von Investitionsdaten machte klar: BlackRock war zu diesem Zeitpunkt nicht nur die grösste Aktionärin von UBS und CS, sondern überhaupt die grösste Investorin in der Schweiz.

Was bedeutet es, wenn ein einzelnes Unternehmen einen wesentlichen Anteil einer Volkswirtschaft hält? Oder wenn es gegen aussen Nachhaltigkeit preist, aber Milliarden in fossile Energien pumpt? Geleitet von diesen Fragen, veröffentlichten wir auf der Webseite www.spotlightonblackrock.ch sieben Datensätze und organisierten Diskussions-Workshops für die Zivilgesellschaft. Das Ziel: Interessierte sollten die Daten nutzen und damit weiterarbeiten können.

Seither ist viel passiert, mehr als 30 Projekte zählt WAV mittlerweile. Doch «Spotlight on BlackRock» legte in vielerlei Hinsicht den Grundstein für die Arbeit unseres Recherchekollektivs. Es sind nicht die lauten Skandalgeschichten, die am meisten bewirken. Wir sind überzeugt: Es sind die Hintergründe, die tiefeschürfenden Recherchen, die zu einer transparenten und informierten öffentlichen Debatte beitragen.

Wie das gleichnamige Audiodateiformat, das Aufnahmen unkomprimiert und damit «verlustfrei» speichert, möchte WAV ganze Geschichten erzählen. Und wir möchten sie so erzählen, dass andere damit weiterarbeiten

können: Kritische Recherche heisst für uns nicht nur Wissen zu recherchieren, sondern auch aufzubereiten und öffentlich zugänglich zu machen.

Transparenz für alle!

Diese Idee stand auch am Anfang von «das Geld + die Politik», dem bislang grössten WAV-Projekt. Obschon Geld in der Politik oft Match-entscheidend ist – man denke etwa an nationale Plakatkampagnen oder Massenversände – war die Schweiz in Sachen Politiktransparenz lange Zeit ein Negativbeispiel. Im letzten Herbst kam dann endlich Bewegung in die Sache: Neu müssen National- und Ständeratskandidat:innen sowie nationale Parteien und Abstimmungskomitees ihre Finanzen zumindest teilweise offenlegen.

Ein Meilenstein? Jein. Denn die veröffentlichten Daten sind, der restriktiven Gesetzgebung geschuldet, ohne Aufbereitung nur schwer verständlich. Wer genau finanziert nun unsere Politik? Und wie viel Geld ist hier eigentlich im Spiel?

Die Antwort auf diese Frage muss für alle Interessierten einfach zugänglich und verständlich sein. Mit diesem Ziel im Kopf bauten wir gemeinsam mit unseren Partner:innen von investigativ.ch, [lobbywatch](http://lobbywatch.ch) und opendata.ch ein Online-Tool für mehr Finanztransparenz (www.moneyinpolitics.ch): Das Tool nimmt die roh publizierten Daten, bereinigt sie und bereitet sie visuell ansprechend und einfach durchsuchbar auf. So kann jeder mit nur wenigen Klicks nachschauen, wer mit wie viel Geld Politik macht, und wo dieses herkommt.

«Das Geld + die Politik» und «Spotlight on BlackRock» sind Beispiele dafür, was wir als «gemeinnützige Rechercheprojekte mit und für die Zivilgesellschaft» bezeichnen: Sie sollen – gerade in Zeiten von Fake News – die Recherchekompetenzen der Zivilgesellschaft stärken und uns allen ermöglichen, unsere Meinung selbst zu bilden und zu überprüfen. Projekte wie diese sollen auch in Zukunft ein wichtiger Pfeiler der Arbeit von WAV bleiben.

Unabhängige Recherchekapazitäten

Einen zweiten Pfeiler bilden unsere journalistischen Rechercheprojekte. In Zusammenarbeit mit Journalist:innen und Redaktionen recherchiert WAV Geschichten zu spezifischen Themen – Themen, die ansonsten im medialen Alltagsgeschäft oft unter den Tisch fallen.

Der Journalismus ist die vierte Gewalt jeder Demokratie. Er hinterfragt kritisch, klärt auf und stellt die Mächtigen zur Rede. Gleichzeitig sieht er sich mit grossen Her-

ausforderungen konfrontiert: Der durch die Digitalisierung befeuerte Informationsüberfluss birgt ein riesiges Potenzial für Machtmissbrauch und Falschinformation. Hinzu kommt eine Konzentration der Medienbranche: Viele Medienunternehmen funktionieren immer mehr wie Konzerne, besitzen zahlreiche «Marken», die Profit abwerfen müssen. Immer weniger Medienhäuser leisten sich immer weniger Recherche. Die Folge: Klickzahlen und Agenda-Setting von Interessenverbänden bestimmen die Themenwahl, gesponserte Artikel von Unternehmen sind oft kaum mehr als journalistischen Beiträgen zu unterscheiden. Es drängt sich die Fragen auf: Geht es noch um gesellschaftliche Relevanz, oder immer mehr um das gezielte Bespielen von Interessengruppen?

Kurzum, der Journalismus steckt in der Krise. Das hat Auswirkungen darauf, wie und worüber berichtet wird. Gewisse Themen erreichen nur noch selten die Aufmerksamkeitsschwelle der Redaktionen und Fakten werden immer öfter durch Kampagnen- und Lobbyarbeit aufbereitet. Das finden wir ein Problem. Denn unabhängige Themenwahl und fundierte Recherchen sind essenziell, damit der Journalismus seiner Kontrollfunktion in der Demokratie gerecht werden kann. Natürlich können wir als junges Kollektiv diese Probleme nicht im Alleingang lösen. Doch wir möchten das uns Mögliche zu einer Veränderung beitragen, anstatt einfach dem Status Quo zuzudienen. Ein Blick auf Projekte wie [Correctiv \(D\)](http://Correctiv (D)), [FragdenStaat \(D\)](http://FragdenStaat (D)) oder [Lighthouse Reports \(NL\)](http://Lighthouse Reports (NL)) zeigt: Es braucht einen kritischen und interventionistischen Non-Profit-Journalismus. Auch in der Schweiz. WAV ist der Versuch, kritische und unabhängige Recherchekapazitäten aufzubauen. Was dabei herauskommen kann, zeigen die folgenden zwei Beispiele.

Den Mächtigen auf die Finger schauen

Google ist ein Gigant, auch in der Schweiz. Doch was treibt Google eigentlich in Zürich, an seinem grössten Standort ausserhalb der USA? Welche Ziele verfolgt Google in der Schweiz? Gemeinsam mit der Online-Zeitung «Republik» und der Denkfabrik «Dezentrum» suchten wir nach Antworten. Entstanden ist die zehnteilige Rechercheserie «Do not feed the Google».

Am Anfang der Suche stand eine Beobachtung: Google entwickelt sich prächtig





in Zürich. Was mit einer Briefkastenfirma begann, sind heute über 5000 «Zoogler». Doch wie kam es so weit? Das herauszufinden, war für uns ein äusserst lehrreicher Prozess. Wir nutzten Rechercheinstrumente wie das Öffentlichkeitsgesetz und führten unzählige Gespräche, on und off the record.

Es zeigte sich: Google wurde und wird gehofet in Zürich. Warum sucht eine rot-grüne Stadtregierung die Nähe zu einem vielkritisierten und intransparenten Konzern, der die Daten seiner Nutzer:innen «kolonisiert» (so der Vorwurf)? Weil uns bei der Stadt dazu niemand Auskunft geben wollte, haben wir zahlreiche Dokumente angefragt und veröffentlicht, die diese demokratiepolitisch fragwürdige Ansiedlung und ihre Folgen nachzeichnen. Herausgekommen ist eine Geschichte von Limousinenfahrten durch Zürich, Cocktails in der Kronenhalle und

Treffen mit Steueranwält:innen – organisiert und bezahlt von Stadt und Kanton Zürich.

Unsichtbares sichtbar machen

Doch es sind nicht nur die mächtigen Konzerne und grossen Bühnen, wo sich die relevanten Geschichten abspielen. Sie tun dies auch im Privathaushalt, am Fließband, im Nagelstudio oder im Asylzentrum: Prekäre Arbeit war und ist ein weiterer Rechercheschwerpunkt von WAV. Sie ist in unserer Gesellschaft oft unsichtbar – und sie wird überdurchschnittlich oft von Frauen und Migrant:innen geleistet.

WAV möchte hier genauer hinschauen. So haben wir für das Magazin «Beobachter» Schweizer Retourenzentren unter die Lupe genommen, wo Angestellte unter hohem Zeitdruck täglich hunderte Zalando-Retouren kontrollieren und aufbereiten. Während mehrerer Monate haben wir mit aktuellen

und ehemaligen Angestellten dieser Zentren gesprochen, Logistikdienstleister angeschrieben und Arbeitsverträge eingesehen. Es zeigte sich: Hinter dem entpersonalisierten Online-Einkaufserlebnis stehen Frauen, die am Fließband harte Arbeit leisten. Befeuert durch den hohen Preis- und Zeitdruck des Onlinehandels ist ihre Arbeit von ausserordentlich tiefen Löhnen, unsicheren Pensen und hohem Leistungsdruck geprägt.

Durch Berichterstattung intervenieren

Transparenz ist zentral für eine gerechte Gesellschaft. Denn wo relevante Informationen im Verborgenen bleiben, ist keine kritische Debatte möglich. Diese Überzeugung leitet unsere Arbeit. In zeitgemässen Formaten und in Zusammenarbeit mit anderen wollen wir auch in Zukunft über die Macht von Konzernen, über versteckte Entscheidungsprozesse und über Ausbeutungsverhältnisse berichten. Kurz: Wir wollen Non-Profit-Journalismus betreiben, der durch Berichterstattung interveniert. Doch das ist gar nicht so einfach. Denn Recherche ist aufwändig. Sorgfältige Vorrecherchen und gute Planung eines Projektes, aber auch organisatorische Arbeiten für unsere kleine Genossenschaft bleiben oft unbezahlt. Dabei sind sie für unsere Arbeit zentral. Hinter WAV stehen keine Werbekunden, Mäzen:innen oder Lobbyorganisationen, sondern die Zivilgesellschaft.

Deshalb wollen wir für einmal nicht für ein Recherchethema, sondern für WAV selbst mobilisieren. Wir wollen weg vom prekären Lohnmodell der Gegenwart und einen Modus finden, der uns Zeit und Raum gibt: Dafür, Themen spezifisch auszuwählen, uns in den Bereichen Öffentlichkeitsgesetz, Finanzflüsse und Datenjournalismus weitere Expertise anzueignen – und diese Expertise in Zusammenarbeit mit unseren Partner:innen für kritische Recherche zu nutzen. Der Ausbau von Recherchekapazitäten soll es zukünftig auch möglich machen, Anfragen mit geringem oder ohne Budget aufzugreifen – und damit insbesondere auch zivilgesellschaftliche Recherchen mitzutragen. Dafür brauchen wir Unterstützer:innen – Privatpersonen, Organisationen, Vereine. Alle, die unsere Vision teilen, laden wir ein, das Projekt WAV mitzutragen.

P.S. Wir lassen ungerne Fragen unbeantwortet, also nochmals zurück an den Anfang: Dass die Frauen im Zalando-Retourenzentrum unter Hochdruck und zum Tiefstlohn arbeiten, haben wir schon verraten. Währenddessen schickt die Schweiz private Ermittler zu den Taliban, um «falsche» Familienzusammenführungen aufzudecken – auch wenn sie dadurch Betroffene gefährden. Unsere Recherche in der ZEIT zeigte: ein absolut unnötiges Risiko. Und zum Schluss noch zum Waadtländer Agrarmulti ECOM: Dessen Tochterfirma würde den Kaffeepreis unter das Existenzniveau drücken, monierten die mexikanischen Kaffeebauern und organisierten Proteste gegen die Firma. Daraufhin wurden sie angeklagt.

P.P.S. Damit Sie die Antworten auf unsere Recherchefragen immer direkt hören: Wir haben einen Newsletter: wav.info/newsletter

Diesem Archipel liegt ein Flyer zur Unterstützung unserer Arbeit bei.

WAV Recherchekollektiv (wav.info)

Gekürztes Einwanderungsgesetz

Im letzten Archipel berichteten wir über das neue französische Einwanderungsgesetz. Hunderttausende Menschen waren in ganz Frankreich auf die Strasse gegangen, um dagegen zu protestieren. Daraufhin musste das von der Regierung eigentlich bereits beschlossene Gesetz durch die Kontrolle des Verfassungsrates.

Dieser kürzte den Gesetzestext um fast zwei Drittel. Übrig bleibt dennoch ein Gesetz, das die Rechte von Ausländer:innen gewaltsam angreift. 32 Artikel wurden nur deshalb ausgeschlossen, weil sie keinen direkten oder nur einen indirekten Zusammenhang mit dem Zweck des Gesetzes haben, also eher aus formalen Gründen. Das bedeutet, dass diese Zensur, so weitreichend sie auch sein mag, nichts darüber aussagt, ob die Artikel gegen die Verfassungsgrundsätze verstossen.

Allein die 27 Artikel, die von der Zensur verschont blieben, plus einer gleichgrossen Anzahl von fremdenfeindlichen Bestimmungen, die im Gesetz verbleiben, werden

schlimme Folgen für Ausländer:innen in Frankreich haben. Es handelt sich insbesondere um Bestimmungen, die den Zugang zum Aufenthaltsrecht drastisch einschränken:

– Eine Blankovollmacht für Präfekt:innen, aufgrund einer sogenannten latenten «Bedrohung der öffentlichen Ordnung» ausländische Personen willkürlich festzunehmen.

– Die polizeiliche Verfolgung der Personen, die ein OQFT erhalten haben, also dazu verpflichtet wurden, das französische Hoheitsgebiet zu verlassen (OQTF: Obligation de quitter le territoire français), was auch immer sie in ihrem Heimatland erwartet, wurde von einem auf drei Jahre verlängert. Oft geht es um Per-

sonen, die nicht «entfernbar» sind, weil diese Massnahmen missbräuchlich sind und von den Gerichten für rechtswidrig erklärt werden.– Ein beschleunigter und immer restriktiverer Hürdenlauf für Asylbewerber:innen, die beim geringsten Vergehen ihrer Rechte beraubt werden und von denen viele unter Hausarrest kommen oder in Gewahrsam genommen werden, noch bevor sie überhaupt ihren Antrag stellen können. Und immer mehr immigrierte Familien werden zerrissen aufgrund des Verlustes des Aufenthaltsrechts eines ihrer Mitglieder.

Im Grossen und Ganzen ist es eine Politik des immer selbstverständlicheren Ausschlusses und grundsätzlichen Misstrauens gegen Ausländer:innen. Nach der Bekanntmachung des Ergebnisses blockierten Schüler:innen und Studierende etliche Schulen und Universitäten in Frankreich, um ihrem Protest und ihrer Solidarität mit den Menschen ohne französischen Pass Ausdruck zu verleihen.

Constanze Warta

Quelle: Pressemitteilung von Gisti*, 26. Januar 2024

* Gisti: «Groupe d'information et de soutien des immigrés» (Gruppe für Information und Unterstützung der Migrant:innen) in Frankreich. Gisti entstand in Folge der 1968-er Bewegung, hat sich seit seiner Gründung im Jahr 1972 zu einer anerkannten Akteurin in der Forschung und Debatte über Migrationspolitik entwickelt und leistet eine wichtige Arbeit bei der sozialen und rechtlichen Unterstützung von Migrant:innen.

Buchtip: Anarchistische Gesellschaftsentwürfe

Zwischen partizipatorischer Wirtschaft, herrschaftsfreier Vergesellschaftung und kollektiver Entscheidungsfindung

Die Herausgeber:innen dieses Buches¹, Gözde Okcu, Thomas Stölner und Uwe Bittlingmayer, haben ein breites Spektrum an Autor:innen eingeladen, ihre Vorstellungen darüber, wie eine herrschaftsfreie, demokratische Wirtschaft organisiert werden könnte, einmal ganz konkret zu formulieren. Das Resultat ist ein Band mit Texten von Schriftsteller:innen, Aktivist:innen und Wissenschaftler:innen über partizipatorische Planwirtschaft, vernetzte Räte und politische Selbstbestimmung bis hin zu rechtlichen Perspektiven, philosophischen Praktiken oder reproduktiven Fragen einer zukünftigen Ökonomie.

Der Soziologe Jens Kastner und der Politikwissenschaftler John Holloway thematisieren grundlegende Werte einer herrschaftsfreien Gesellschaft. Die Soziologin Ilse Lenz berichtet über Gesellschaften, in denen Frauen Macht innehaben, ohne Herrschaft auszuüben; die feministische Politologin Savvina Chowdhury referiert über Reproduktionsarbeit in einer partizipatorischen Wirtschaft und deren Begründer Michael Albert und Robin Hahnel stellen ihre Vision vor. Der Schriftsteller Ilija Trojanow bringt sich ebenso ein wie die Künstlerin Nika Dubrovsky, die mit Noam Chomsky über die Ideen von David Graeber spricht. Allen Beiträgen ist die Hoffnung gemein, der lebendigen und bunten Vielfalt der Möglichkeiten einer herrschaftsfreien Gesellschaft endlich auch in der wissenschaftlichen und öffentlichen Debatte Gehör zu verschaffen.

Das Vorwort zu dem Buch schrieb Konstantin Wecker*. Hier eine Passage:

«Es ist eine kluge Idee dieses Sammelbandes über anarchische Gesellschaftsentwürfe, Beiträge zu versammeln und miteinander in Kommunikation zu bringen, die global und regional, abstrakt, gross und zugleich konkret und praktisch denken, forschen und argumentieren. Das spüre und erlebe ich, wenn Ilija Trojanow über die Notwendigkeit nachdenkt, von herrschaftsfreien Räumen zu erzählen oder wenn Nika Dubrovsky und Noam Chomsky über feministische Praktiken in Kunst, Ökonomie und Politik sprechen oder über die Konkurrenz der Imperien und den Krieg in der Ukraine. Es wird lebendig, wenn Jens Kastner «Solidarität» als «permanente, kollektive Beziehungsarbeit» diskutiert, Michael Albert und Alexandria Shaner Ideen für eine partizipatorische Ökonomie vorstellen, Christoph Besemer sich Gedanken macht über die Entscheidungsfindung in grossen Gruppen anhand konkreter Erfahrungen in Protestbewegungen, Stephen R. Shalom über Möglichkeiten partizipativer Entscheidungsfindung in einer guten Gesellschaft oder sich Zora Weber mit antihierarchischen Gruppenbildungsprozessen und Kommunikationsformen auseinandersetzt, die für die Bildung von anarchischen Gemeinschaften sinnvoll sind. Um nur einige der Texte beispielhaft anzusprechen.»

¹ Das Buch: Anarchistische Gesellschaftsentwürfe. Zwischen partizipatorischer Wirtschaft, herrschaftsfreier Vergesellschaftung und kollektiver Entscheidungsfindung. ISBN: 978-3-89771-369-7, Erscheinungsdatum 5. Oktober 2023, unrast-verlag, 468 Seiten.

*Konstantin Wecker ist seit vielen Jahrzehnten engagierter Liedermacher. Das vollständige Vorwort findet Ihr auf der Homepage des unrast-verlages.

Literarisch und solidarisch

Während die türkische Armee ihre Angriffe auf Nordsyrien unter fast völliger Gleichgültigkeit der Öffentlichkeit verstärkt, hat in Marseille ein Treffen zur Unterstützung der Kurd*innen stattgefunden, die unter einer stark zunehmenden Repression in der Türkei und massiven Bombenangriffen in Nordsyrien leiden.

Zu dem Treffen am 13. Januar hatte das Kollektiv «Stimmen für den Frieden in Kurdistan» eingeladen. Als erstes fand eine grosse Konferenz in der Bibliothek Alcazar im Zentrum von Marseille statt, deren Ziel vor allem darin bestand, auf zwei öffentliche Stellungnahmen bzw. Appelle aufmerksam zu machen, die eine friedliche Lösung der kurdischen Frage proklamieren. Nach der Konferenz begaben wir uns in die Buchhandlung Maupetit zu einem literarischen Treffen, bei dem einige der Unterzeichner*innen des Appells über ihre Arbeit berichteten und ihre Werke vorstellten mit anschliessender Diskussion. Der erste Aufruf war im letzten Herbst in der Türkei von 78 türkischen und kurdischen Persönlichkeiten unterzeichnet und veröffentlicht worden. Der zweite wurde dann am 7. Januar in Frankreich in der Tageszeitung Libération veröffentlicht, unterzeichnet von über hundert Persönlichkeiten, wie z.B. der Schriftstellerin und Literatur-Nobelpreisträgerin Annie Ernaux, dem Regisseur Robert Guédiguian, der ersten stellvertretenden Bürgermeisterin von Marseille Michèle Rubirola, dem Künstler Ernest Pignon-Ernest und dem Soziologen und ehemaligen Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen Jean Ziegler.

In Marseille sprachen und lasen mehrere Schriftstellerinnen und Schriftsteller, die den Aufruf unterzeichnet hatten, sowie ein ehemaliger kurdischer Bürgermeister, der in Frankreich im Exil lebt, sowie die Soziologin und Dichterin Pinar Selek. Auch die musikalischen Intermezzi zwischen den sehr berührenden Stellungnahmen trugen zum guten Gelingen dieser Begegnung voller Poesie und Solidarität ihren Teil bei.

Constanze Warta

DER AUFRUF

Lassen wir nicht zu, dass ein Massaker ein anderes verdeckt!

Vor kurzem haben 78 kurdische und türkische Journalisten, Künstler, Intellektuelle und Menschenrechtsverteidiger einen Aufruf gestartet, um auf die Dringlichkeit einer friedlichen Lösung aufmerksam zu machen. Wir erkennen ihren Mut an, da sich die Lage in Kurdistan immer weiter zuspitzt und der Friedensappell von 2016*, «Wir werden keine Komplizen dieses Verbrechens sein» von der türkischen Regierung als terroristische Propaganda bezeichnet worden war und zur Verfolgung der Unterzeichner*innen führte.

Unser Ziel ist es, die Stimmen für den Frieden zu verbreiten, zu schützen und zu stärken.

In einem Kontext, der von einer militaristischen Politik und der Banalisierung aller Schrecken geprägt ist, nehmen die Brennpunkte extremer Gewalt im Nahen Osten immer mehr zu. Nach der ethnischen Säuberung der armenischen Bevölkerung in Bergkarabach, die von der internationalen Gemeinschaft gleichgültig hingegenommen wurde, müssen wir nun hilflos mit ansehen, wie die militaristischen Mächte die israelische und palästinensische Bevölkerung mit Gewalt und Massakern überziehen.

Den Teufelskreis von Gewalt durchbrechen

Die extremen Gewaltherde, die den Nahen Osten entflammen, sind weder voneinander noch vom Rest der Welt isoliert. Sie sind in den Netzen eines globalisierten Militarismus gefangen und sind die Glieder einer Kette von nationalistischen Ideologien. Lassen wir nicht zu, dass die Kette immer länger wird und sich schliesst. Lassen wir nicht zu, dass ein Massaker ein anderes verdeckt. Wir müssen alles tun, um den Teufelskreis von Gewalt und Hass zu durchbrechen, bevor es zu spät ist. Bevor ein Schrecken nach dem anderen hinzukommt. Im Einklang mit anderen Stimmen, die sich auf der ganzen Welt erheben, um einen Waffenstillstand zwischen Israel und der Hamas sowie Frieden im Nahen Osten zu fordern, erheben wir unsere Stimmen, damit das kurdische Volk nicht vergessen wird.

Heute berichtet die Autonomieverwaltung in Nord- und Ostsyrien (AANES), dass die

türkische Armee zwischen dem 5. und 9. Oktober 2023 massive Operationen in diesen Gebieten durchgeführt hat – 580 Luft- und Bodenangriffe wurden gezählt –, bei denen Dutzende Zivilist*innen getötet und systematisch sowohl die Infrastruktur zerstört wurde, die Millionen von Menschen mit Wasser und Strom versorgt, als auch Schulen und Verwaltungsgebäude.

Ersticke Stimmen

Die AANES «fordert alle Beteiligten in Syrien, die Institutionen der Vereinten Nationen, den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und Menschenrechtsorganisationen nachdrücklich auf, eine entschiedene Haltung gegen das Vorgehen der Türkei einzunehmen.» Jeden Tag zählen die Kurd*innen ihre Opfer. Währenddessen werden auf der anderen Seite der Grenze zehntausende politische Gegner*innen, vor allem Kurd*innen und hauptsächlich Frauen – darunter Parlamentsabgeordnete und Bürgermeisterinnen –, in die Gefängnisse des autoritären türkischen Regimes gesperrt, das jede Stimme für den Frieden ersticken will. Die türkische Regierung schürt absichtlich die Wut des kurdischen Volkes, indem sie Abdullah Öcalan, den Führer der kurdischen Bewegung, der eine entscheidende Rolle bei den Friedensverhandlungen 2013 und 2015 gespielt hat, in völliger Isolation im Gefängnis hält. Seit dreissig Monaten gibt es kein Lebenszeichen mehr von ihm.

Wir nehmen die alarmierenden Signale eines weiteren Krieges ernst, der unkontrollierbare Ausmasse annehmen könnte, und werden zusammenkommen, um zu zeigen, dass es noch nicht zu spät ist. Wir werden uns versammeln, weil wir die Vernichtung eines Volkes verhindern müssen und um die Stimmen des Friedens, die aus der Türkei und der ganzen Welt kommen, laut und deutlich zu verkünden.

Das Kollektiv «Stimmen für den Frieden in Kurdistan», mit der Unterstützung zahlreicher Intellektueller

* Mehr als 1.000 türkische Akademiker*innen unterzeichneten Anfang 2016 einen Appell für Frieden in den Kurdengebieten der Türkei. Gegen mehr als 100 von ihnen wird teilweise heute noch in Istanbul und Diyarbakır der Prozess gemacht. Der Vorwurf: Der Friedensaufruf sei Terrorpropaganda gewesen.



Kinder beim kurdischen Neujahrsfest. Das Leben kann so schön sein. Foto: Andrea DiCenzo, 2016

Adieu Herma

Eine kritische Begleiterin der sogenannten Wiedervereinigung, Herma Ebinger, geboren am 17. Juni 1950 in einer Familie, die im antifaschistischen Widerstand der dreissiger Jahre gekämpft hatte. Sie hat ihre letzten dreissig Jahre in der Longo Mai-Kooperative in Mecklenburg Vorpommern «Hof Ulenkrug» gelebt und ist am 31. Januar, selbstbestimmt im Kreis ihrer Freundinnen und Freunde gestorben. Sie ist in der DDR, wie sie schreibt, «indoktriniert bis zum Gehnichts mehr» aufgewachsen.



Indoktriniert, weil die Geschichte des antifaschistischen Widerstands einfach täglich vorhanden war, «täglich kamen Überlebende vorbei und ich sass mit fünf, sechs Jahren unterm Tisch und habe zugehört.» Sie war eine der aktivsten Begleiterinnen des Europäischen BürgerInnenforums nach dem Mauerfall. In der DDR hatte sie alle Formen des Widerstandes gegen die dumme Bürokratie versucht und sich speziell für die Fragen der Emanzipation der Frauen engagiert. Über die sogenannte «friedliche Revolution» erzählt sie in dem Buch «Révolutionnaires»¹: «Ich bin in Leipzig nur ein einziges Mal bei einer Demonstration mitgegangen, als alle befürchteten, dass geschossen wird. Ich hätte es nicht verhindern können, aber da wollte ich nicht abseitsstehen. Es wurde nicht geschossen. Zu anderen Demos bin ich nicht gegangen, mir war nicht klar, wohin das führen sollte. Bei vielen, die ich kannte, waren mir die Motive zu sehr von dem Gefühl, persönlich zu kurz gekommen zu sein, bestimmt. (...) Um den Umbrüchen nicht jede und jeder einzeln ausgeliefert zu sein, haben wir das KulturNetz Ost gegründet. (...) Jetzt brauchte es Leute, mit denen man sich zusammentun konnte, die ebenfalls von einer Weltgesellschaft träumten, in der Solidarität und Kooperation die wichtigsten Werte sind.» Herma kannte die Menschen und erzählte ihre Sicht auf den Umbruch nach der Wiedervereinigung so: «Es war unglaublich, wie schnell die Leute geglaubt haben, sie sind selbst schuld, wenn sie ihre Arbeit verlieren. Obwohl sie alle etwas von Marx wussten. Das grösste Problem für die Menschen ist die Perspektivlosigkeit, wenn plötzlich nichts mehr möglich ist. Es war wirklich eine existenzielle Krise. Plötzlich hat Geld eine Rolle gespielt, was vorher nie so der Fall war. Und dann haben die Leute angefangen, sich die ganze Scheisse schön zu reden.» (...) 89 war eine verrückte Zeit, mit wechselnden Gefühlen.

«Am 4.11.89 auf der grossen Demo in Berlin² habe ich Hoffnung geschöpft, weil ich das Gefühl hatte, dass die Menschen wirklich miteinander reden.und dann kam der 9.11. und «Wir sind ein Volk», das war auch die Befürchtung von meinen Freunden und mir gewesen. (...) Im Dezember 1989 hat sich das Europäische BürgerInnenforum gegründet, um «Ost und West von unten gemeinsam zu gestalten» – grosskotzig wie sie waren (die Leute von Longo Mai, Anm. d. Red.). Das Verrückte war das Gute daran.»

Seither hat Herma sich dafür eingesetzt, dass eine Kooperative gemeinsam mit Longo

Mai in Ostdeutschland entsteht. Das erste gemeinsame Projekt bestand darin, mit der Gemeinde Wollup im Oderbruch den Verkauf des staatlichen Gutes an einen westdeutschen Bewerber durch die Treuhand zu verhindern. Der gemeinsam mit der Gemeinde ausgearbeitete Gegenvorschlag war die Kommunalisierung des Gutes, um der Dorfbevölkerung eine neue Perspektive zu geben. Die ganze Dorfbevölkerung hatte sich dafür eingesetzt. Nach drei Jahren Diskussionen und Demonstrationen war die brandenburgische Regierung unter Manfred Stolpe bereit, auf den Vorschlag einzugehen.

Dann erschien ein Artikel in der Berliner Morgenpost, geschrieben von einem westdeutschen Linken, dass Longo Mai eine Sekte sei. Als Beweis berief sich der Journalist auf eine Grossrazzia der französischen Polizei am 29.11.1989 auf der französischen Kooperative von Longo Mai in Limans. Die brandenburgische Regierung distanzierte sich danach von dem Projekt. Die Treuhand hatte gewonnen.

Herma Ebinger hat in 16 Beiträgen im Archipel die Entwicklung in Ostdeutschland geschildert. Ursprünglich mit Fragen der Frauenemanzipation beschäftigt, haben dann ihre damaligen Artikel – zwischen 2002 und 2019 – den aufkommenden Nationalismus und seine geistigen Urheber denunziert und ihre Beunruhigung über diese faschistische Entwicklung zum Ausdruck gebracht. Für Herma wurde diese Entwicklung zu einem Albtraum, dem sie nur durch Aufenthalte in einem Olivenhain in Südfrankreich entfliehen konnte.

Ihre fundierten Artikel sind ein Zeitzeugnis dieser Epoche, die von den Politikerinnen und Medien gerne verschwiegen wird. Es lohnt sich, sie wieder zu lesen. Ihr Interview für «Révolutionnaires» beschliesst sie mit ihrer Hoffnung: «Heute sind viele Menschen resigniert, und es gibt auch gute Gründe dafür. Eigentlich könnte man sagen, die grossen Fluchtbewegungen sind eine Art Revolution, aber die Antwort darauf ist, dass die Leute hier, die mehr haben, sich gegen die stellen, die weniger haben. Es ist deprimierend. Aber es ist wichtig, nicht zynisch zu werden. Wenn du zynisch wirst, haben sie gewonnen; immer wenn ich mich dabei ertappe, sag ich mir: Herma, komm zurück. Von 2015 bis 2016 bin ich mit einem Bus durch Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich gefahren und habe viele Kooperativen und Kollektive besucht. Das hat mich sehr berührt, wie viele junge Leute überall versuchen, eine andere

Lebensweise zu kreieren – solidarisch, kooperativ. Und sich gemeinsam gegen unsinnige Grossprojekte, die die Umwelt zerstören, wehren. (...) Mit diesen und anderen jungen Leuten ist überall zu rechnen; sie haben noch nicht aufgegeben.»

Kennengelernt hatten wir uns am 4. November 1990, als sie mit vier Freunden in einem kleinen PKW aus Leipzig kam, enttäuscht darüber, dass die drei Busse, die sie für diesen Jahrestag der Grossdemonstration bestellt hatte, leer blieben. Da hatte sie schon den Zusammenbruch dieses in Bürokratie versunkenen Grossprojektes einer Gesellschaft ohne Kapitalismus erlebt; sie war aber nicht resigniert, wie so viele, und nicht zynisch. Sie war bereits auf der Suche nach einem neuen Weg.

Eine Perspektive von unten, orientiert an dem, was zum Leben notwendig ist. Für sie war dieser neue Anfang auch verbunden mit ihrer Sehnsucht nach der Leichtigkeit des Lebens, den Festen, dem guten Essen, den offenen persönlichen Gesprächen, der rabiaten Kritik, die sie in Longo Mai entdeckt hatte. Sie machte sich dabei auch keine Illusionen über die auch hier noch herrschenden patriarchalen Strukturen.

Zwei Zusammenbrüche, der des Rotkämpferbundes ihres Vaters gegen den Faschismus und der des Sozialismus in nationalen Grenzen hatte sie tief in sich vergraben, um neu anzufangen. Herma hatte für jeden, der mit ihr sprechen wollte, immer eine Aufmerksamkeit und Neugier aber auch einen Rat, sie hat uns vorgemacht, wie man geradlinig durchs Leben gehen kann ohne zu resignieren. Sie war eine grossartige Frau.

«Die Toten sind erst tot, wenn die Lebenden sie vergessen.» (aus Cecilia Guineas Gedichtband «Ilab»)

Jürgen Holzapfel*

*Jürgen Holzapfel lebte ebenfalls während 30 Jahren auf dem Ulenkrug, der Europäischen Kooperative Longo mai in Mecklenburg-Vorpommern, und ist im Europäischen BürgerInnenforum engagiert.

1. «Révolutionnaires – Récits pour une approche féministe de l'engagement», édition du commun. ISBN: 979-10-95630-49-4. Auf Deutsch: «Revolutionärinnen – Erzählungen für einen feministischen Ansatz von Engagement». Das Buch wurde hergestellt vom «Atelier des Passages», ein Kollektiv von Personen, die zwischen 1980 und 1990 geboren sind, also die Grosskinder der Frauen, die sie interviewt haben, sein könnten. Es erschien am 25. Februar 2022 und besteht aus Interviews mit sieben, ganz verschiedenen, engagierten Frauen aus mehreren Ländern und wird gerade übersetzt und demnächst auf Deutsch veröffentlicht.

2. Am 4. November 1989 organisierten Theatermacherinnen eine Kundgebung auf dem Berliner Alexanderplatz. Es war die erste genehmigte nichtstaatliche Demonstration der DDR und mit rund einer Million Teilnehmerinnen die grösste der deutschen Geschichte.